



In Lkw-Verstecken über die Grenze: Viele Auswanderer verkaufen Hab und Gut, um in den „gelobten Westen“ zu kommen. Wärmebildkamera: Illegale Grenzgänger, von Grenzpolizisten aufgegriffen.

## Menschenschmuggler im Visier

Das Büro 3.6. im Bundeskriminalamt ist zuständig für die Bekämpfung der Schlepperkriminalität und des Menschenhandels.

Nach wie vor drängen viele Menschen aus dem Osten nach Österreich – oft gelockt durch falsche Versprechen von Menschenhändlern. „Die Menschen tun uns Leid. Es ist eine große Tragik, viele geben ihre Heimat auf, verkaufen Hab und Gut, um in den gelobten Westen zu gelangen“, sagt Oberst Gerald Tatzgern, der das Büro 3.6 im Bundeskriminalamt leitet – die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität und des Menschenhandels. Über den Schreibtisch von Tatzgern gehen etwa 19.000 Schlepperfälle pro Jahr, die rund 40.000 Menschen betreffen. „Unser vordringlichstes Anliegen ist es, den

Schlepperbanden, vor allem den Bosonen, das Handwerk zu legen“, betont der Oberst.

**Das Geschäft der Schlepper** ist lukrativ: Sie machen mit der Not der Menschen Milliarden Gewinne. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen (UNO) ist der Menschenhandel für viele Banden mittlerweile ebenso gewinnbringend wie der illegale Handel mit Waffen oder Drogen. Die UNO schätzt den jährlichen Umsatz der Schmuggler-Banden auf 12 Milliarden Dollar. Illegale Migranten aus Asien zum Beispiel zahlen zwischen 6.000 und 10.000 Euro für ihren Transport nach

Europa. Eine in Österreich verurteilte Schlepperbande verdiente am Transport von rund 1.100 Flüchtlingen mehr als sieben Millionen Euro. Die Polizei in Österreich ist alleine nicht in der Lage, die internationalen Schlepperbanden wirksam zu bekämpfen. „Wir arbeiten verstärkt mit unseren Nachbarländern zusammen, um gemeinsam gegen die kriminellen Organisationen vorzugehen“, erläutert Tatzgern. Wichtig dabei ist die Zusammenarbeit mit Interpol und Europol sowie mit den Dienststellen im Innenministerium. Vor allem, wenn es um Aktionen geht, die gleichzeitig an verschiedenen Orten stattfinden sollen.

### ZUR PERSON



**Gerald Tatzgern** (38) ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Er trat 1988 in die Polizei Wien ein, versah Dienst bei der Sondereinheit WEGA und war Kripo-Beamter in Wien-Ottakring, wo er auch für die Bekämpfung des damals größten Arbeitsstrichs in Wien zuständig war.

Nach der Offiziersausbildung war Tatzgern für den Aufbau der nationalen Europol-Stelle in Österreich verantwortlich. Seit 2001 leitet er im Bundeskriminalamt das Büro 3.6. (Zentral-

stelle zur Bekämpfung der Schleppererei, der illegalen Migration und des Menschenhandels).

Der Offizier ist ein international anerkannter Experte für die Bekämpfung der illegalen Migration und hält Vorträge an verschiedenen internationalen Polizeiakademien in Englisch und Spanisch (Kolumbien, Zentralasien, Spanien, Deutschland, Ungarn).

Auch im Inland wird sein Fachwissen zur illegalen Migration, Schleppererei usw. geschätzt. Tatzgern wurde heuer vom US-State Department nach Washington eingeladen, um Fachvorträge über grenzüberschreitende Kri-

minalität, Schleppererei und illegale Migration zu halten. „Die Erfahrungen des österreichischen Innenministeriums werden dort geschätzt“, sagt der Beamte. Tatzgern ist auch verantwortlich für die Planung des kriminalpolizeilichen Einsatzes bei der Fußball-Europameisterschaft 2008 (Ressourcen, Schwerpunkte, Vorgaben, usw.).

Tatzgern ist staatlich geprüfter Sportlehrer und Vortragender sowie Prüfungskommissionsmitglied bei der Sportakademie Wien und verantwortlich für den Dienstsport für die etwa 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundeskriminalamt.

In der Zentralstelle zur Schlepperbekämpfung werden Strategien gegen illegale Migration entworfen; es werden Lagebilder und Statistiken erstellt über die aktuellen Aufgriffe, über Trends und Vorgehensweisen der Kriminellen. Der jährliche Schlepperbericht enthält alle Daten und Fakten über die Schlepperbekämpfung. „Wir erstellen etwa 300 Sonderauswertungen und Lagebilder pro Jahr“, sagt Tatzgern.

Auf Basis dieser Erkenntnisse sowie der periodischen Statistiken liefert das Büro 3.6. Situationsberichte für das Kabinett der Bundesministerin und vor allem für die anderen Dienststellen des Innenministeriums. Die Berichte dienen als Grundlage für gesetzliche Maßnahmen, für Erlässe des Innenministeriums und als Basisinformation für die von Österreich entsendeten Beamten in europäische und internationale Gremien. Das Büro 3.6. ist Schnittstelle des Bundeskriminalamts zur Rechtssektion des Innenministeriums in Fremdenpolizei- und Asylangelegenheiten.

„Wir sehen uns als Servicestelle für alle Polizeidienststellen in Österreich“, betont Tatzgern, der das Büro 3.6. seit 2001 leitet. Er wird dabei von 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt. Das Büro gehört zur Abteilung 3 (Ermittlungen, organisierte und allgemeine Kriminalität) im Bundeskriminalamt.

**Menschenhandel.** Neben der Bekämpfung der Schlepperkriminalität ist das Büro 3.6. zuständig für die Bekämpfung des Menschenhandels und damit einhergehender Schwarzarbeit oder sexueller Ausbeutung – etwa 80 Prozent der Opfer sind Frauen und Kinder. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer UNO-Sonderorganisation, werden jedes Jahr 2,4 Millionen Menschen Opfer von Menschenhändlern; die jährlichen Profite durch Menschenhandel werden auf 32 Milliarden Dollar geschätzt. Die Hälfte dieser Gewinne wird in Industrieländern erzielt, wo die ILO die Zahl der Zwangsarbeiter auf 360.000 schätzt. Fälle von Asylmissbrauch nach dem Fremdenpolizeigesetz, Fälle von Scheinehen und Scheinadoptionen landen ebenso auf Tatzgerns Schreibtisch wie Fälle von Visa-Erschleichungen: Jede Verdachtsmeldung der österreichischen Konsulate im Ausland langt hier ein. *Siegbert Lattacher*



Bei einer Konferenz im März 2006 in der Wiener Hofburg wurden Maßnahmen gegen Frauen- und Kinderhandel erörtert.

**MENSCHENHANDEL**

**Moderne Form der Sklaverei**

**80 Prozent der Betroffenen von Menschenhandel sind Frauen und Kinder. Viele landen in der Prostitution oder Zwangsarbeit.**

Laut Definition der Vereinten Nationen versteht man unter Menschenhandel „die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder den Empfang von Personen durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderer Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere Person hat, zum Zweck der Ausbeutung. (UN-Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, Art. 3a, United Nations 2000).

Den Betroffenen werden verlockende finanzielle Angebote durch die Anwerber gemacht oder sie werden durch Agenturen angeworben, die zum Beispiel Arbeitsvermittlung ins Ausland anbieten. Durch die Vermittlung und Reisekosten verschulden sich die Betroffenen häufig und machen sich erpressbar. Kinder und Jugendliche werden entführt oder es wird ihren Familien für ihre „Vermie-

tung“ Geld geboten. Menschenhandel findet sowohl grenzübergreifend als auch innerhalb von Staatsgrenzen statt. Häufig werden den Opfern die Papiere abgenommen, so dass sie keine Möglichkeit haben zu fliehen. Die Ausbeutung kann unterschiedliche Formen annehmen im Sinne von sexueller Ausbeutung (z. B. im Rahmen von Zwangsprostitution oder Zwangsheirat), im Sinne von Arbeitsausbeutung (z. B. als Dienstmädchen), oder auch zur Entnahme von Organen.

Die Betroffenen werden meist unzureichend oder auch gar nicht für ihre Dienstleistungen und ihre Arbeit bezahlt, sind totaler Kontrolle, ständiger Bedrohung und oft auch Gewalt, bis hin zu Folter ausgesetzt. Auch über die Bedrohung der Angehörigen wird Druck auf die Opfer ausgeübt.

80 Prozent der Betroffenen von Menschenhandel sind Frauen und Kinder. Besonders gefährdet sind Frauen aus armen Regionen mit geringen Bildungsmöglichkeiten und Berufschancen, Flüchtlinge sowie Waisen- und Straßenkinder. Überproportional betroffen sind außerdem Kinder und Frauen mit Gewalterfahrungen sowie Menschen aus Krisengebieten.

Foto: E. WEISSHEIMER